

STREIT

14

Mehr Windkraft um jeden Preis?

Nicht nur um jetzt Gas zu sparen, muss die Energiewende schneller gehen, sagt der Windkraft-Lobbyist Thomas Griese – doch ausgerechnet Umweltverbände wie der Nabu blockierten den Ausbau. Die Nabu-Funktionärin Heide Naderer ist empört: Artenschutz sei eben auch wichtig!

Heide Naderer, 57, ist Wissenschaftsmanagerin und Vorsitzende des Naturschutzbundes (Nabu) Nordrhein-Westfalen



»Wir kämpfen für die Klimawende – aber naturverträglich«

DIE ZEIT: Herr Griese, Sie sind Vizechef des Landesverbands Erneuerbare Energien (LEE), eines Zusammenschlusses mittelständischer Energiewende-Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Vor einigen Wochen haben Sie mit 100 Mitstreitern vor den Räumlichkeiten des Naturschutzbundes in Düsseldorf demonstriert. Was wollten Sie dort?

Thomas Griese: Wir wollten dem Nabu klar machen, dass sich da die Dinge ändern müssen, damit wir vorankommen beim Kampf gegen den Klimawandel – denn das ist der größte Artenschutz-Killer. Deshalb ist es falsch, wenn wir an dieser Aufgabe gehindert werden und Zeit verlieren.

Heide Naderer: Herr Griese, wir beim Nabu empfanden diese Demo als aggressiven Akt, als sehr bedrückend und bedrängend. Für die Ziele hat es nichts gebracht. Aber zumindest hat es dazu geführt, dass wir hier zusammensitzen.

Griese: Dass jemand auf Missstände hinweist, muss man aushalten in einer Demokratie. Wenn Sie öffentlich erklären, beim Windkraftausbau komme der Artenschutz unter die Windräder, sagen wir: Nein, das stimmt nicht! Pro Anlage werden Ausgleichsmaßnahmen von um die 50.000 Euro finanziert. Und bei den Vögeln haben wir festgestellt, dass die Schäden viel geringer sind als lange angenommen.

Naderer: Sie sind jetzt schnell zu Ihren guten Taten gekommen. Aber noch mal zur Demo – ich lese Ihnen kurz vor, was mir einer Ihrer Unternehmer am selben Tag in einer Mail geschrieben hat: »Gehen Sie mal nicht davon aus, dass wir diese verlorene Truppe mit einer kleinen Demo davonkommen lassen. Wir kommen wieder und wir ziehen Ihnen den Stecker. Wer keine Option einer naturverträglichen Stromerzeugung sieht, dem steht Elektrizität einfach nicht zu. Wir bringen Ihnen ein paar Petroleumfunzeln vorbei.« Das fördert nicht unsere Lust, mit solchen Leuten zu reden.

ZEIT: Finden Sie das okay, Herr Griese?

Griese: Nein. Allerdings könnte ich auch vom Nabu solche Schreiben zeigen. Etwa von einem Kreisvorsitzenden, der behauptet, wir würden gegen den Nabu hetzen.

Naderer: Aber diese E-Mail ging an mich persönlich. Ich habe die sofort einem Rechtsanwalt übergeben.

Griese: Auf dem Level sollten wir nicht diskutieren. Sie können für Ihre Mitglieder keine

Garantien übernehmen, was unbedachte Äußerungen angeht, ich für meine nicht. Auf unseren Demo-Plakaten finden Sie keine ehrenrührige Aussage. Da steht: Warum klagt der Nabu gegen Klimaschutzmaßnahmen und Windkraftanlagen?

Naderer: Wir kämpfen seit Jahren für die Klimawende – aber naturverträglich, im Einklang mit dem Artenschutz. Dass es da so langsam vorangeht, liegt nicht an uns.

ZEIT: Die Bundesregierung will nicht erst seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen. Sie sollen statt heute 43 bald 80 Prozent des Stromverbrauchs erzeugen und fossile Energieträger ablösen. Wirtschaftsminister Robert Habeck sagt, die Erneuerbaren hätten eine überragende öffentliche Bedeutung, weshalb andere Schutzgüter wie der Artenschutz zurückstehen müssten. Wie wirkt das auf Sie?

Naderer: Falsch, weil wir neben der Klima- auch eine Biodiversitätskrise haben. Herr Habeck darf nicht die eine Krise gegen die andere ausspielen. Priorisieren schafft große Probleme, etwa bei Rotmilanen und anderen Vögeln. Wir beim Nabu kämpfen für die Natur, die selbst keine Wirtschaftslobby hat.

Griese: Aber Ihre Arbeit wirkt oft nicht konstruktiv.

Naderer: Werden Sie bitte mal konkret! Seit ich 2019 ins Amt kam, haben wir mit einer Klage drei Anlagen konkret angegriffen. Wir machen das nur, wenn Genehmigungsverfahren nicht den Rechtsansprüchen genügen, sonst würden wir vor Gericht gar nicht weiterkommen.

Griese: Sie verlieren ja auch meistens, wenn auch erst nach Jahren.

Naderer: Nein, verbreiten Sie doch nicht diese Mär!

Griese: Doch. Nehmen Sie als Beispiel den Windpark Dahlem in Euskirchen, dessen Bau Sie durch Klagen aufgehalten haben – fünf Jahre standen da die halb fertigen Türme! Oder die Anlage im Aachener Münsterwald, da war der Nabu sogar bei der Wahl des Standorts dabei und hat später gegen die eigentliche Genehmigung geklagt: Die Anlagen gingen erst nach zehnjähriger Planungsphase ans Netz. Schäden seither: keine. Solche sinnlosen Verzögerungen können wir uns nicht leisten!

Naderer: Moment mal, es gab von uns 20 Klagen in 20 Jahren – bezogen auf alle neuen An-

lagen in NRW ist das nicht mal ein Prozent. Und jede war wohlbegründet.

Griese: Nein, Sie suchen krampfhaft Gründe, um Windkraft zu verhindern.

Naderer: Einspruch! Eine Richterin wollte kürzlich unbedingt einen Vergleich, da saßen wir den ganzen Tag und haben ihn ausgehandelt. Man könnte das auch schneller haben, wenn man rechtzeitig mit unseren Gruppen in einer fairen Situation schaut, welche Flächen nicht für Windräder infrage kommen, weil da sensible Arten leben. Das biete ich immer an. Ich habe jetzt auch NRW-Wirtschaftsminister Pinkwart angeschrieben für den Gigawatt-Pakt im Rheinischen Revier: Bitte nehmen Sie uns frühzeitig mit an den Tisch! Wir haben kein Interesse an Verzögerungen oder daran, dass Klagen acht Jahre lang dauern.

ZEIT: Frau Naderer, wann klagen Sie denn?

Naderer: Nur dann, wenn wir artenschutzrechtliche Bedenken haben oder bei einer Genehmigung rechtlich vorgeschriebene Prüfschritte fehlen. In einem Fall wurde die vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung vergessen. So etwas geht natürlich nicht.

ZEIT: Und ab wann gefährdet ein Projekt für Sie den Artenschutz?

Naderer: Das ist ja festgelegt und keine Geschmacksfrage. Nach der Umweltverträglichkeitsprüfung muss der Projektierer begutachten lassen, wo in der Nähe des geplanten Standorts windsensible Vogelarten oder Fledermäuse leben. Wir stellen dann oft fest, dass das aufgrund unserer eigenen Kartierung nicht ausreichend ist. Es geht da um streng geschützte Arten gemäß der Roten Liste und der EU-Vogelschutzrichtlinie.

Griese: Aber da muss sich der Nabu auch der aktuellen Erkenntnislage stellen, welche Arten wirklich tödungsgefährdet sind. Es sind nur zehn Vogelarten, hat die Umweltministerkonferenz einstimmig festgelegt. Der Rotmilan ist natürlich dabei, viele andere Arten hingegen nicht mehr.

Naderer: Das ist umstritten. Wir orientieren uns am Helgoländer Papier der Vogelschutzwarten, die sind Experten, die nichts anderes machen, als über Jahre zu beobachten, wie die Vogelarten sich entwickeln.

Griese: Aber die haben das nicht empirisch untersucht. Ein Beispiel: Lange haben Vogelschutzwarten den Uhu als eine von der Windkraft tödungsgefährdete Art angesehen. Dann haben Forscher festgestellt, dass Uhus nicht höher als 50 Meter fliegen – die Unterkanten der Rotorblätter sind in aller Regel sehr viel höher. Und beim Schwarzstorch haben Untersuchungen in Hessen ergeben, dass er intelligent genug ist, eine Kollision mit Windrädern zu vermeiden.

Naderer: Aber wenn die Lebensräume der Tiere immer kleiner werden, muss ich doch auch schauen, dass Schutzräume erhalten bleiben. Wo sollen die Tiere sich überhaupt noch aufhalten, wenn wir überall Windenergieanlagen hinstellen?

ZEIT: Herr Griese, in den vergangenen Jahren haben Windräder laut einer Aufstellung der Vogelwarte Brandenburg deutschlandweit 629 Rotmilane erschlagen, einzelne Anlagen bis zu elf Tiere; die Dunkelziffer dürfte noch weit größer sein. Muss das sein?

Griese: Nein. Der Rotmilan ist eine der großen Herausforderungen, ganz klar. Und der Seeadler. Umso wichtiger ist technischer Fortschritt: dass Kamerasysteme erkennen, wenn sich ein Vogel nähert, und dann abschalten. Wir werden die Anlagen damit Schritt für Schritt nachrüsten und so das Problem lösen. Das ist besser als, wie bisher, starre Abschaltzeiten in der Brutzeit von Ende April bis Juli.

Naderer: Es ist doch nicht nur der Rotmilan. Wir haben jedes Jahr eine halbe Million Fledermäuse, die von Windrädern getötet werden.

Griese: Das ist eine unbelegte Schätzzahl.

Naderer: Weil die toten Tiere natürlich sofort weg sind, aber wir kennen ja die Fledermausvorkommen.

Griese: Aber man kann nicht der Windkraft auf-laden, was andere verursacht haben. Artenschutzprobleme haben wir auch durch die intensive Landwirtschaft und stärkere Zersiedelung.

Naderer: Absolut.

Griese: Man kann nicht sagen: Deshalb muss die Windkraft jetzt zurückstehen.

Naderer: Die Landwirtschaft muss sich verändern, Straßen sollten nicht weiter ausgebaut werden – und auch die Windenergie muss Rücksicht nehmen.

ZEIT: Geht es nun darum, jeden Rotmilan zu retten – oder kann man hier und dort auch mal ein paar Tiere opfern, solange der gesamte Bestand noch groß genug ist?

Naderer: Sie können von mir nicht erwarten, dass ich sage, das ist egal. Wir sind ein Natur-

schutzverband, der schaut, dass die Art erhalten bleibt, aber dazu gehören bei gefährdeten Arten auch einzelne Tiere.

ZEIT: Dieser Streit ist auch ein Kampf unter Grünen. Herr Griese, Sie sind selbst Nabu-Mitglied ...

Griese: Ja. Frau Naderer ist meine Vorsitzende!

Naderer: Dann halten Sie sich mal an unsere Beschlusslage. (lacht)

Griese: Die ist aber falsch! Andere Landesverbände sind da viel weiter. In Baden-Württemberg unterstützt der Nabu-Vorsitzende das Vorhaben der Landesregierung, tausend Windräder in den Staatswald zu stellen. Das würde ich mir von meinem Nabu in NRW auch wünschen.

Naderer: Dann bringen Sie sich in unsere Gremien ein. Dort sind Sie dann eine Stimme von 120.000.

ZEIT: Ist Ihr Nabu-Landesverband radikaler als andere?

Naderer: Echte Kontroversen gibt es nur in einem Punkt: Wir sind gegen Windkraft im Wald. Und wir haben sehr engagierte Vogelschützer. Ich selbst bin in den Nabu eingetreten, als der noch »Bund für Vogelschutz« hieß. Was viele von uns verbindet, ist die Faszination für solche tollen Lebewesen – die außerdem anzeigen, wenn Ökosysteme gefährdet sind.

Griese: In meiner Zeit als Umweltstaatssekretär in Rheinland-Pfalz haben wir viele Anlagen im Wald ermöglicht. Zum Beispiel auf Anhöhen im Hunsrück, wo früher Pershing-II-Raketen standen. Dort weht viel Wind. Man konnte die vorhandenen Panzerstraßen und elektrischen Leitungen weiternutzen. Diese Anlagen schaden niemandem. Aber Sie sagen sogar Nein bei Windkraft in Fichtenforsten, die von Trockenheit und Borkenkäfern restlos zerstört sind.

Naderer: Genau, dort soll besser wieder natürlicher Mischwald entstehen – ein CO₂-Speicher, den wir fürs Klima dringend brauchen. Windenergieanlagen passen dort nicht hin.

Griese: Ich hoffe, Sie ändern Ihre Meinung noch.

Naderer: Das glaube ich nicht.

ZEIT: Geht nicht beides, aufforsten und Rotoren aufstellen?

Naderer: So einfach ist das nicht. Jede einzelne Anlage hat Betonfundamente, bis zu zehn Meter tief, und versiegelt eine bestimmte Fläche ...

Griese: ... ja, aber kleine Inselchen nur!

Naderer: Von wegen, es geht jeweils um 2400 Quadratmeter, das ist die Größe eines Fußballfeldes.

Griese: Aber das ist doch kaum der Rede wert, wenn wir von Hunderten Hektar Wald reden. Sie haben eine falsche Vorstellung. Gehen Sie mal in einen Wald, in dem Anlagen stehen.

Naderer: Danke für den Tipp, ich habe so was bei mir in der Nähe. Daher weiß ich: Wald kann dort, wo mehrere Betonfundamente drei Stockwerke tief in den Boden ragen, nicht natürlich wachsen.

ZEIT: Frau Naderer, Sie haben den Energiewende-Unternehmern vorgehalten, sie würden im Zeichen des Klimaschutzes vor allem »monetäre Interessen« verfolgen.

Naderer: Das ist natürlich so, erst recht in Ihrem Verband, Herr Griese. Dabei ist es nicht unbedingt schlecht, wenn mit Umweltschutz auch noch Geld gemacht wird.

Griese: Wie soll das sonst gehen?

Naderer: Es darf wegen wirtschaftlicher Interessen aber nicht so viel Druck geben, dass ein Gemeinschaftsgut wie die Erhaltung der Vogelwelt zurückstehen muss.

Griese: Das muss ich scharf zurückweisen. Mit wem wollen Sie eigentlich Klimaschutz betreiben, wenn nicht mit uns?

Naderer: Mit dem Staat, der verschiedene Interessen moderiert.

Griese: Der will ja nun zwei Prozent der Landesfläche für die Windkraft nutzen. Prima! Aber es muss eine Branche geben, die die Anlagen errichtet. Anstatt immer nur von Ihnen zu hören, was nicht geht, wüssten wir gern, wo etwas geht! Bitte auf jeden Kreis im Land heruntergebrochen.

Naderer: Das können Sie haben. Die Vorschläge liefern wir Ihnen gern – abgemacht. Nur wenn wir Naturschützer von Anfang an eingebunden sind, kommen wir zu einer Lösung. Aber eine Bitte habe ich noch: Dieses dauernde »Kommt endlich in die Puschen!« oder »Sagt nicht ständig Nein!« ist nicht hilfreich. Da müssen Sie Ihre Grundhaltung uns gegenüber verändern.

Das Gespräch moderierten
Stefan Schirmer und Marc Widmann



Thomas Griese, 65, war grüner Umweltstaatssekretär in NRW und Rheinland-Pfalz. Er ist Vizechef des Landesverbands Erneuerbare Energien NRW

»Sie suchen krampfhaft Gründe, Windkraft zu verhindern«